

Grußwort

Die „Hohenheimer Tage“ sind gute Tradition. Hier wird Reformbedarf angemahnt, hier wird leidenschaftlich diskutiert, wie man die Dinge voranbringen kann.

Darum geht es mir und der neuen Bundesregierung. Wir wollen einen Aufbruch. Auch in der Integrations- und Migrationspolitik. Ich bin dankbar, Sie und die vielen Engagierten aus Kirchen und Gewerkschaften dabei an der Seite zu wissen.

In der neuen Bundesregierung wollen wir mit verkrusteten Strukturen aufräumen. Wir wollen die Paragraphen im SGB, im Aufenthalts- und im Asylgesetz auf die gesellschaftliche Wirklichkeit ausrichten. Wir wollen den alten Streit, das Mauern und Blockieren in der Integration hinter uns lassen. Wir wollen Deutschland als modernes Einwanderungsland voranbringen. Wir wollen eine starke, weil vielfältige Gesellschaft mit fairen Chancen für alle.

Darum passt es sehr gut, dass Sie bei den Hohenheimer Tagen über das „Einwanderungsland Deutschland“ und die „Perspektiven nach der Bundestagswahl“ diskutieren. Für mich gehören sieben Punkte dazu, die wir jetzt anpacken:

Erstens: mehr Einbürgerungen. Millionen Menschen leben hier, erfüllen alle Voraussetzungen, um Deutsche zu werden, aber haben keinen deutschen Pass. Sie leben und arbeiten schon lange hier, haben ihre Kinder großgezogen. Und doch genießen sie keine volle Teilhabe.

Ich will, dass all diese Menschen wählen und sich zur Wahl stellen können, dass sie ihr Land mitgestalten.

Wir wollen deshalb mehr Menschen für die Einbürgerung gewinnen. Wir wollen schneller und besser einbürgern.

Dafür werden wir enger mit den Ländern und Kommunen zusammenarbeiten. Dafür werden wir eine Einbürgerungskampagne starten. Unser Ziel: die Wohn- und Wahlbevölkerung dürfen nicht auseinanderfallen, mehr Menschen sollen alle Rechte als Deutsche haben.

Zweitens: Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung akzeptieren. Sie ist keine Bedrohung, sie ist kein Hindernis für unsere Demokratie oder die Loyalität zum Land. Nein, sie ist längst Normalität in unserer Einwanderungsgesellschaft. Und das soll sie auch im Gesetz sein. Wir haken die leidigen Diskussionen der Vergangenheit ab und werden Mehrstaatigkeit endlich grundsätzlich ermöglichen.

Drittens: mehr Repräsentanz und Teilhabe. Es muss normal sein, dass die Vielfalt unserer Gesellschaft in allen Bereichen angemessen vertreten ist, dass alle teilhaben: in der Politik, in den Vorstandsetagen, in den Medien, im Ehrenamt.

Da müssen wir dringend besser werden, in vielen Bereichen, zum Beispiel im öffentlichen Dienst. Auch dort muss sich die Realität unserer Vielfalt widerspiegeln. Dort müssen wir Vorbild sein.

Heute hat jede und jeder Vierte im Land (27 %) eine familiäre Einwanderungsgeschichte. Aber im öffentlichen Dienst – dem größten Arbeitgeber – sind es nur 12 %. Diese Lücke müssen wir schließen. Dafür möchte ich eine ganzheitliche Diversitätsstrategie auf den Weg bringen – gemeinsam mit der gesamten Bundesverwaltung.

Das ist eine Frage der Chancengerechtigkeit, aber auch eine Frage der Legitimation unserer Institutionen. Wir brauchen alle Talente in unserem Land.

Viertens: den Fachkräftemangel anpacken. Dafür müssen wir alle Potenziale im Land nutzen, aber auch mehr Fachkräfte aus dem Ausland

gewinnen. Hier konnte das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz seine Wirkung wegen der Corona-Pandemie noch nicht voll entfalten.

Ich setze mich für die kontinuierliche und systematische Weiterentwicklung der Einwanderung zum Zwecke der Erwerbstätigkeit ein.

Zur Einwanderung von Fachkräften gehört, dass wir ausländische Berufsqualifikationen schneller und leichter anerkennen. Ebenso wollen wir die Visaverfahren beschleunigen und konsequent digitalisieren.

Fünftens: Migrationsrecht ist nichts Abstraktes, sondern hat praktische Auswirkungen auf die Perspektiven von Menschen.

Der Wunsch, Recht und Praxis für Menschen voranzubringen, führte 1985 zur Gründung der „Hohenheimer Tage“ – wegen der verfassungswidrigen Praxis beim Ehegattennachzug in Baden-Württemberg.

Heute haben wir beim Ehegatten- und Familiennachzug wieder eine Situation, in der das Recht und die Praxis für viele Menschen eine Erschwernis sind – mit hohen Hürden der Sprachnachweis-Erfordernisse, vielen Nachweisen über Familienbindungen oder lange Verwaltungs- und Gerichtsverfahren. In der Praxis konnten zum Beispiel unbegleitete minderjährige GFK-Flüchtlinge ihre Eltern oft nicht nachholen. Auch die engen und unübersichtlichen Ermessensregelungen beim Familiennachzug zu subsidiär geschützten Personen müssen wir überwinden – so sieht es der Koalitionsvertrag vor.

Für die Koalition ist ganz klar: Familiennachzug muss in zumutbarer Zeit und mit zumutbarem Aufwand möglich sein. Dafür steht die Koalition. Dazu verpflichten Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention. Familien gehören zusammen. Punkt.

Wenn es hier und heute um Perspektive und Realität in der Migrationspolitik geht, dann möchte ich auch die Duldung nennen. Es gehört zur Menschlichkeit, dass Menschen mit Duldung nicht zum Herumsitzen gezwungen sind, sondern auch einer Arbeit oder Ausbildung nachgehen können, für sich und ihre Familie sorgen und dann eine faire Perspektive haben. Das werden wir anpacken.

Reem Alabali-Radovan

Sechstens: die europäische Dimension des Flüchtlingsrechts immer mitdenken. Auch wenn es eine Never-Ending-Story ist: Wir müssen die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und den New Pact der EU-Kommission solidarisch ausgestalten. Die neue Bundesinnenministerin hat dafür in Brüssel geworben. Sie hat auch das Anliegen des Koalitionsvertrages vorgetragen, notfalls mit einer europäischen Koalition der Willigen bei der Aufnahme und Verteilung von Schutzsuchenden voranzugehen.

Ich unterstütze das sehr. Gleichzeitig geht es in der seit Jahren verfahrenen Situation beim GEAS darum, dass bereits geltendes Unions- und Völkerrecht beachtet und gestärkt wird.

Siebtens: die internationale Dimension nicht außer Acht lassen. Wir wollen nicht nur Fluchtursachen bekämpfen, sondern auch das Resettlement stärken und ausweiten. Damit entlasten wir die Erstaufnahme-Staaten und ebnen Flüchtlingsfamilien einen sicheren Weg zu uns!

Hier möchte ich besonders den Kirchen für ihr großartiges Engagement danken. Auch bei unserem Programm NesT, bei dem deutscher Staat und Zivilgesellschaft Hand in Hand arbeiten: bei der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Familien im Rahmen des Resettlement. Das ist gute Praxis, von der wir so dringend so viel mehr brauchen!

So weit der Ausblick auf meine Agenda für ein modernes Einwanderungsland. Die neue Bundesregierung will allen 83 Millionen Frauen, Männern und Kindern im Land gerecht werden: Alle sollen sich hier zuhause fühlen, gute Perspektiven, gleiche Chancen und Anerkennung finden.

Das ist der Aufbruch, für den wir stehen. Und ich freue mich, dass dieser Schwung auch von den Hohenheimer Tagen ausgegangen ist. Vieles von dem, was wir jetzt angehen, hatten Sie schon einmal auf Ihrer Agenda.

Ich danke Ihnen für Ihr großes Engagement in der Migrations- und Integrationspolitik!

Informationen zur Autorin

Reem Alabali-Radovan ist seit Dezember 2021 Staatsministerin beim Bundeskanzler. Sie ist Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie Beauftragte für Antirassismus. Seit 2021 ist Alabali-Radovan Mitglied des Deutschen Bundestags, direkt gewählt im Wahlkreis 012 für Schwerin und Nordwestmecklenburg. Zuvor war sie seit 2020 Integrationsbeauftragte der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern.

